



**Geschäftsführung  
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 16.10.2015

**Niederschrift**

über die **9. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 25.08.2015, 16:02 Uhr bis 19:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Reinhard Houben	FDP
Herr Horst Noack	SPD
Herr Dirk Michel	CDU
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Monika Schultes	SPD	(i.V. für RM Kron)
Frau Ira Sommer	CDU	(i.V. für RM van Benthem)

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 - 12 Gemeindeordnung NRW**

Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN
Frau Dr. Ute Symanski	DEINE FREUNDE

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Graf	GRÜNE

Herr Joachim Schalke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Frau Gunda Wienke	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Andreas Feld	auf Vorschlag der FDP
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung**

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 9. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

B Aktuelle Stunde  
Antrag der FDP-Fraktion vom 24.08.2015 betr.  
Köln ist die deutsche Stau-Hauptstadt  
AN/1272/2015

Zu 1.1 Gemeinsame Anfrage „Maßnahmen gegen Raser“ liegt eine  
Stellungnahme der Verwaltung 2216/2015  
als **Tischvorlage** vor

1.2 Anfrage der Piratengruppe vom 20.08.2015 betr.  
Freies WLAN in öffentlichen Verkehrsmitteln  
AN/1256/2015

2.3 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015 betr.  
Vorübergehende Nutzung des Busbahnhofes Breslauer Platz für Fernbusse  
bis zur Neubebauung  
AN/1144/2015

4.10 Fahrbahnsanierung Ulrichgasse  
hier: Berücksichtigung Radverkehr  
0293/2015

- 5.7 Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes;  
hier: Erweiterter Planungsbeschluss  
2001/2015
- 5.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV  
Abshofstraße in Köln-Merheim; Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss  
für das Einbringen einer Stahlspundwand mit betoniertem Kopfbalken und  
Umwehrung  
0949/2015  
*I. Durchgang*
- 6.2 Shuttlebus-Verbindung Meschenich - Bhf. Hürth-Kalscheuren  
Mündliche Anfrage des RM Frau Roß-Belkner  
2382/2015
- 6.3 Dellbrücker Hauptstraße  
hier: Mündliche Anfrage des RM Noack in der Sitzung des VA am 28.04.2015;  
TOP 8.3  
2276/2015
- 6.4 Anpassung der Lichtsignalanlagen auf der Bonner Straße und im Verteiler-  
kreis Süd  
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.06.2015; TOP 1.1  
2306/2015
- 7.9 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe  
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014  
1377/2015
- 7.10 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe  
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014  
1378/2015
- 7.11 Mitteilung zum Ratsbeschluss 2758/2014 - Erweiterter Baubeschluss zur Um-  
setzung des Brandschutzes im Rahmen der Maßnahme Umbau der U-  
Bahnhaltstellen Appellhofplatz und Poststraße  
2114/2015
- 7.12 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus  
Hier: Verlängerung des Aufzuges bis zur Ebene Bürgerstraße und Verlegung  
in das "Rote Haus"  
2117/2015

- 7.13 150 zusätzliche hochwertige Fahrradabstellplätze an drei S-Bahnhaltepunkten  
Anstieg der Bike-and-Ride Nachfrage um 7 % im Kölner Stadtgebiet  
2399/2015  
**Tischvorlage**

## II. Nichtöffentlicher Teil

- 13.1 Fernbusterminal  
1671/2015  
**Tischvorlage**

### **Änderungsanträge der FDP-Fraktion** liegen vor zu den Vorlagen

- 4.5. Öffnung von Fußgängerzonen für den Radverkehr
- 4.10 Fahrbahnsanierung Ulrichgasse  
hier: Berücksichtigung Radverkehr  
0293/2015

**Herr Werker**, Vertreter der StEB, sei zu TOP

5.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Umsetzung von Gewässerentwicklungsmaßnahmen am Flehbach, Kurtenwaldbach und an der Strunde

anwesend.

Zu TOP

4.2 Verkehrskonzept Bayenthal/Marienburger

sei die **Petentin – Frau Birgit Lloyd-Jones, Vertreterin der IG Tacitusstraße** – anwesend.

Zu TOP

- 2.3 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015 betr.  
Vorübergehende Nutzung des Busbahnhofs Breslauer Platz für Fernbusse  
bis zur Neubebauung  
AN/1144/2015

legt RM Houben die Dringlichkeit dar; da die entsprechende Verwaltungsvorlage zum Fernlinienbusbahnhof in der kommenden Ratssitzung am 10.09. verabschiedet werden soll, mache es keinen Sinn, über den eingereichten Antrag erst in der nächsten regulären Verkehrsausschusssitzung zu beraten.

Vorsitzender Wolter lässt über die Dringlichkeit und die Aufnahme in die heutige Tagesordnung abstimmen:

- Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die FDP-Fraktion und die Fraktion Die Linke.Köln

RM dos Santos Herrmann schlägt vor, TOP

4.6 Zielkonzept Radverkehrskonzept Innenstadt

1801/2015

zunächst ohne Votum weiter zu verweisen; hier sollten die Gesprächsergebnisse der geplanten Veranstaltung abgewartet werden. BG Höing weist darauf hin, dass der Termin für die Veranstaltung voraussichtlich auch verlegt werden müsse.

Zudem bitte sie, TOP

5.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Umsetzung von Gewässerentwicklungsmaßnahmen am Flehbach, Kurtenwaldbach und an der Strunde

1468/2015

zurückzustellen, da die BV Mülheim ihre Beschlussfassung wegen Beratungsbedarf vertagt habe

und

13.1 Fernbusterminal

1671/2015

ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM Houben hingegen ist hiermit nicht einverstanden und macht Fristeneinrede geltend. Die Begründung der Dringlichkeit könne er nicht nachvollziehen; diese sei nicht zutreffend.

Seitens der CDU-Fraktion teilt RM Michel Beratungsbedarf zu TOP

4.10 Fahrbahnsanierung Ulrichgasse  
hier: Berücksichtigung Radverkehr

0293/2015

mit; er bitte die Vorlage in die kommende Sitzung zu vertagen.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen, Absetzungen und dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden und beschließt demnach folgende

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Verpflichtung eines Sachkundigen Bürgers

Aktuelle Stunde

Antrag der FDP-Fraktion vom 24.08.2015 betr.

Köln ist die deutsche Stau-Hauptstadt

AN/1272/2015

## Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

### **1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

1.1 Gem. Anfrage der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.Köln sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde vom 28.07.2015 betr.  
Maßnahmen gegen „Raser“ auf Kölner Straßen  
AN/1079/2015

1.1.1 Stellungnahme der Verwaltung  
2216/2015

1.2 Anfrage der Piratengruppe vom 20.08.2015 betr.  
Freies WLAN in öffentlichen Verkehrsmitteln  
AN/1256/2015

### **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 15.06.2015 betr.  
Errichtung einer Parkpalette auf dem P&R-Platz am "Bahnhof" K-Rodenkirchen  
AN/0990/2015

2.1.1 Stellungnahme der Verwaltung  
1876/2015

2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 13.08.2015 betr.  
Bus-Verbindung vom Rheinauhafen zur Haltestelle Severinstraße  
AN/1158/2015

2.3 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015 betr.  
Vorübergehende Nutzung des Busbahnhofes Breslauer Platz für Fernbusse bis zur Neubebauung  
AN/1144/2015

### **3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

3.1 Einrichtung einer P+R-Anlage an der Haltestelle Niehl  
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 18.06.2015, TOP: 8.1.7  
1883/2015

3.2 Verkehrsgutachten Zülpicher Straße  
hier: Anregungen der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal  
1462/2015

#### **4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

- 4.1 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV  
Abriss der Brücke Posadowskystraße  
3214/2014
- 4.2 Verkehrskonzept Bayenthal/Marienburg  
0263/2015
- 4.3 Erweiterung der P+R-Anlage in Weiden West  
hier: Grundsatz- und Bedarfsfeststellungsbeschluss  
0282/2015
- 4.4 Straßen- und Radwegunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet 2015  
hier: Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens  
0386/2015
- 4.5 Öffnung von Fußgängerzonen für den Radverkehr  
1043/2015
- 4.5.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015  
AN/1261/2015
- 4.6 Zielkonzept Radverkehrskonzept Innenstadt  
1801/2015
- 4.7 Granitplattenverlegearbeiten auf dem Roncalliplatz und der Domplatte  
1872/2015
- 4.8 Berrenrather Straße:  
Einrichtung von zwei Buskaps und einer Querungshilfe, Höhe Franz-Kremer-  
Allee  
1875/2015
- 4.9 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens zur Durchfüh-  
rung des Weihnachtsverkehrs 2015  
2083/2015
- 4.10 Fahrbahnsanierung Ulrichgasse  
hier: Berücksichtigung Radverkehr  
0293/2015
- 4.10.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015  
AN/1228/2015

## **5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

- 5.1 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln;  
hier: Querung Mindener Straße/Haltestelle Deutzer Freiheit  
0880/2015
- 5.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Umsetzung von Gewässerentwicklungsmaßnahmen am Flehbach, Kurtenwaldbach und an der Strunde  
1468/2015
- 5.3 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 bei  
Finanzstelle 6901-1202-8-0401; Ert. Tunnel Grenzstr./Stadtautob. 55a-RABT  
1898/2015
- 5.4 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens  
hier: Beschaffung von 250 Parkscheinautomaten (PSA)  
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes  
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)  
1942/2015
- 5.5 246. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen  
2042/2015
- 5.6 Hochwasserschutzmaßnahmen an Stadtbahnanlagen  
Hier: Grundsatzbeschluss  
2478/2014
- 5.7 Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes;  
hier: Erweiterter Planungsbeschluss  
2001/2015
- 5.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV  
Abshofstraße in Köln-Merheim; Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss für das Einbringen einer Stahlspundwand mit betoniertem Kopfbalken und Umwehrung  
0949/2015

## **6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 6.1 Schließung des Fernbusbahnhofs Breslauer Platz  
hier: Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 09.06.2015, TOP 1.2  
2091/2015



- 6.2 Shuttlebus-Verbindung Meschenich - Bhf. Hürth-Kalscheuren  
Mündliche Anfrage des RM Frau Roß-Belkner  
2382/2015
- 6.3 Dellbrücker Hauptstraße  
hier: Mündliche Anfrage des RM Noack in der Sitzung des VA am 28.04.2015;  
TOP 8.3  
2276/2015
- 6.4 Anpassung der Lichtsignalanlagen auf der Bonner Straße und im Verteiler-  
kreis Süd  
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.06.2015; TOP 1.1  
2306/2015
- 7 Mitteilungen der Verwaltung**
- 7.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Be-  
zirksvertretung Innenstadt vom 24.04.2015 betreffend alternative Standorte für  
die Kreuzblume vor dem Domportal (AN/0703/2015)  
1290/2015
- 7.2 Provisorische Rampe auf der Nordseite der Hohenzollernbrücke linksrheinisch  
1704/2015
- 7.3 Paffrather Straße in Köln-Dellbrück  
Herstellung von zwei baulichen Einengungen zur Geschwindigkeitsreduzie-  
rung  
1759/2015
- 7.4 Sachstand zur Planung einer Rampe zur Domplatte  
1803/2015
- 7.5 Planfeststellungsverfahren Militärringstraße, Anbindung der Aachener Straße  
und der Stolberger Straße  
1811/2015
- 7.6 Unfallhäufungen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2014 im Kölner  
Stadtgebiet  
1979/2015
- 7.7 Neubau Leverkusener Rheinbrücke  
hier: Dringlichkeitsantrag des VA vom 28.04.2015; TOP 2.1  
2079/2015
- 7.8 Investitionsprogramm des Bundes – Sachstand und weiteres Vorgehen  
1855/2015

- 7.9 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe  
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014  
1377/2015
- 7.10 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe  
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014  
1378/2015
- 7.11 Mitteilung zum Ratsbeschluss 2758/2014 - Erweiterter Baubeschluss zur Umsetzung des Brandschutzes im Rahmen der Maßnahme Umbau der U-Bahnhaltestellen Appellhofplatz und Poststraße  
2114/2015
- 7.12 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus  
Hier: Verlängerung des Aufzuges bis zur Ebene Bürgerstraße und Verlegung in das "Rote Haus"  
2117/2015
- 7.13 150 zusätzliche hochwertige Fahrradabstellplätze an drei S-Bahnhaltepunkten  
Anstieg der Bike-and-Ride Nachfrage um 7 % im Kölner Stadtgebiet  
2399/2015

## **8 Mündliche Anfragen**

- 8.1 Umbaumaßnahme Am Kümpchenshof  
Mündliche Anfrage des RM Nessler-Komp
- 8.2 Studie zur Mitnahme von E-Scootern in öffentlichen Verkehrsmitteln  
Mündliche Anfrage des SE Fahlenbock
- 8.3 Sachstand zu den Bahnsteiganhebungen der Linie 13  
Mündliche Anfrage des Seniorenvertreters Pannecke
- 8.4 Sachstand zu den Fahrgastunterständen an KVB-Haltestellen  
Mündliche Anfrage des RM Michel
- 16.1 Sachstand zur 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn  
Mündliche Anfrage des RM Houben

## I. Öffentlicher Teil

### **Verpflichtung eines Sachkundigen Bürgers**

#### **Aktuelle Stunde**

#### **Antrag der FDP-Fraktion vom 24.08.2015 betr.**

#### **Köln ist die deutsche Stau-Hauptstadt**

#### **AN/1272/2015**

RM Houben nimmt Stellung zu seinem eingereichten Antrag und erinnert in diesem Zusammenhang an die erst kürzlich geführten Diskussionen zur Außendarstellung der Stadt Köln. Die Medienlage sei nach der aktuellen Untersuchung des Unternehmens INRIX noch schlechter als seiner Zeit; dies werde auch Deutschland weit kommuniziert und – die Verwaltung reagiere wieder nicht auf solche medialen Tiefschläge. Diesen Zustand möchte die FDP-Fraktion nicht länger akzeptieren. Man dürfe sich nicht wundern, wenn wichtige Entscheidungsträger Köln künftig meiden.

Für die SPD-Fraktion zitiert RM dos Santos Herrmann aus dem heutigen Kölner Stadtanzeiger, nachdem die Verkehrsprobleme im Wesentlichen auf die Großbaustellen auf dem Kölner Autobahnring, dem Kalker Tunnel und den Rheinbrücken zurückzuführen seien. Hierzu gebe es jedoch keine Alternative; daher sei diesem sehr zutreffenden Kommentar auch aus ihrer Sicht nichts hinzuzufügen.

RM Michel stimmt den Ausführungen seiner Vorrednerin seitens der CDU-Fraktion grundsätzlich zu. Der in Rede stehenden Studie könne jedoch auch entnommen werden, dass insbesondere die Städte einen Zuwachs an Stau haben, die auch einen Zuwachs an Bevölkerung, an Wirtschaftswachstum und an Wohlstand zu verzeichnen hätten. Dies seien nicht unbedingt Daten und Fakten, für die sich eine Stadt schämen müsse. Von der Lage her liege Köln an den Hauptverkehrsadern Europas und werde daher überproportional extern beeinflusst. Die Verwaltung habe bereits einige Maßnahmen ergriffen, um der Verkehrsproblematik Herr zu werden wie beispielsweise die Einführung des Baustellenmanagements und das Strategiepapier „mobil 2025“. Wichtig sei, dass die Herausforderungen gemeinsam angegangen werden müssen; hier sehe er Verwaltung und Politik grundsätzlich auf einem guten Wege.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist RM Hammer darauf hin, dass er der Aussage von Herrn Michel, dass man grundsätzlich auf einem guten Wege sei, im Grunde genommen zwar zustimmen könne. Dennoch müsse überlegt werden, mit welchen Mitteln und Maßnahmen noch mehr Autofahrer auf das Fahrrad oder in den ÖPNV gelockt werden können. Bei der jetzt anstehenden Vielzahl an Sanierungsmaßnahmen von Straßen und Brücken biete sich die Chance, nicht nur etwas für den MIV sondern vielmehr auch für den Radverkehr oder den ÖPNV zu tun.

RM Weisenstein erscheint das Thema der Aktuellen Stunde etwas fragwürdig; für Staus rund um Köln auf dem Autobahnring sei der hiesige Ausschuss und auch die Verwaltung nicht zuständig. Das innerstädtische Baustellenmanagement funktioniere seiner Einschätzung nach inzwischen sehr gut. Ursache für die vielen Staus seien die vielen Autos; die Quote der Autobesitzer sei in Köln – im Vergleich zu anderen Großstädten – sehr hoch. Hier müsse dran gearbeitet werden, indem sowohl der Radverkehr als auch der ÖPNV mehr gefördert werde.

RM Hegenbarth weist darauf hin, dass andere europäische Städte eine City-Maut eingeführt haben; in Göteborg beispielsweise werde diese Maut auch Stausteuer genannt. Hierüber sollte auch in Köln ernsthaft nachgedacht werden.

RM Dr. Symanski pflichtet den Ausführungen ihrer Vorredner bei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, betont, dass ihn dieser Artikel auch überrascht habe. Aus seiner Sicht seien derartige Studien nur dann seriös, wenn die Verantwortlichen mit den Betroffenen auch kommunizieren. Dies sei aber im vorliegenden Fall wiederum nicht passiert.

BG Höing teilt mit, dass die Verwaltung mit den Verfassern der Studie Kontakt aufnehmen und diese zu einem Gespräch einladen werde. Er bietet den Ausschussmitgliedern an, hieran auch teilzunehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Wolter fest, dass die Aktuelle Stunde damit abgeschlossen werden könne und zunächst erledigt sei.

## **Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

### **1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

#### **1.1 Gem. Anfrage der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.Köln sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde vom 28.07.2015 betr. Maßnahmen gegen „Raser“ auf Kölner Straßen AN/1079/2015**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM Michel führt aus, dass die tödlichen Vorfälle traurig und wütend machen. Sowohl Verwaltung als auch Politik stünden nun verstärkt in der Pflicht, den Verkehr sicherer zu gestalten; gleichwohl sei falscher Aktionismus fehl am Platz.

SE Wienke merkt an, dass eine Raserszene in Köln sicherlich vorhanden sei. Dennoch müsse auch festgehalten werden, dass in Köln viel zu schnell gefahren werde; dies liege i.E. auch an den Ampelschaltungen, d.h. an den zu langen Gelbphasen. In anderen Städten werde bei Gelb gebremst, in Köln hingegen werde bei Gelb nochmals Gas gegeben.

Vorsitzender Wolter stimmt seiner Vorrednerin zu und äußert seine Hoffnung, dass die geplanten Maßnahmen, insbesondere im Auenweg, nun zügig umgesetzt werden.

RM dos Santos Herrmann spricht die im Auenweg installierten Kunststoffschwellen an und bittet um Mitteilung, ob diese auch auf Rechtsabbiegerspuren – beispielsweise auf der Aachener Straße - errichtet werden können.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass dies bereits vor einigen Jahren intensiv diskutiert wurde. Berücksichtigen müsse man, dass diese Schwellen lärmintensiv seien und seiner Zeit zu vielen Klagen von Anwohnern geführt haben. Wenn alle anderen Möglichkeiten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ausgeschöpft seien, können diese Schwellen durchaus dort zum Ein-

satz kommen wie an der Berrenrather Straße/ Universitätsstraße; dies müsse jedoch in jedem Einzelfall geprüft werden.

BG Höing fügt ergänzend hinzu, dass am Auenweg zusätzlich ein Kreisverkehr geprüft werde; zum Einen, um das Gebiet Mülheim-Süd zu erschließen aber zum Anderen auch um die lange Piste zu durchbrechen. Entsprechendes gelte für die Deutz-Mülheimer Straße.

### **1.1.1 Stellungnahme der Verwaltung 2216/2015**

### **1.2 Anfrage der Piratengruppe vom 20.08.2015 betr. Freies WLAN in öffentlichen Verkehrsmitteln AN/1256/2015**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

## **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

### **2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 15.06.2015 betr. Errichtung einer Parkpalette auf dem P&R-Platz am "Bahnhof" K- Rodenkirchen AN/0990/2015**

Eine Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung umgedruckt.

RM Houben vertritt die Ansicht, dass trotz der negativen Bewertung durch die Verwaltung Handlungsbedarf bestehe; er könne der Argumentation der Verwaltung insofern nicht folgen.

RM dos Santos Herrmann führt aus, dass die SPD-Fraktion den Antrag der FDP-Fraktion durch Handeln der Verwaltung als erledigt ansehe. Nicht nur die Stellungnahme der Verwaltung sei überzeugend; auch in der damaligen Debatte zur Nord-Süd Stadtbahn wurde gefordert, dass alle Potenziale zum Ausbau des P+R-Platzes ausgeschöpft werden sollen. Seiner Zeit wurde zudem gebeten zu prüfen, ob am Gustav-Heinemann-Ufer - beispielsweise durch eine Palette - Kapazitäten geschaffen werden können. Dies wäre auch ein guter Ort, um Pkws abzufangen. Hierzu vermisse sie noch eine Aussage der Verwaltung. Rodenkirchen habe i.E. derzeit keine Priorität.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont RM Hammer, dass die bevorzugte Nutzung des Stadtbahn-Bahnhofs Rodenkirchen nach seinen Beobachtungen nicht Park-and-Ride sei. Er halte diese Örtlichkeit daher für nicht sinnvoll, um weitere Plätze zu schaffen.

RM Weisenstein weist darauf hin, dass es sich hier nachweislich um einen Prüfauftrag handele; auch er betrachte diesen durch die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

RM Heuser macht darauf aufmerksam, dass dieser Antrag auch in der Bezirksvertretung Rodenkirchen mehrmals gestellt worden sei und die Verwaltung hierzu Stellung

bezogen habe. Aber auch in der Bezirksvertretung sei dieser Antrag nicht befürwortet worden.

BG Höing teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die hier diskutierte Thematik ein Themenfeld beim Konzept mobil 2025 sein werde. Man müsse dann genau schauen, wo in diesem Stadtgebiet - oder auch im Umland - sinnvolle Orte seien, um den Verkehr abzufangen und P+R-Plätze anzubieten.

Zur Frage von Frau dos Santos Herrmann nach der Prüfung des Gustav-Heinemann-Ufers sagt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, eine schriftliche Stellungnahme zu. Ad hoc könne er sagen, dass diese Örtlichkeit auf den 1. Blick geeignet erscheine; ein Hinderungsgrund könnten jedoch die zahlreichen alten Bäume im dortigen Bereich sein, insofern empfehle er, zunächst die Anlage am Verteilerkreis zu bauen, um dann die Situation neu bewerten zu können.

### **Antrag der FDP-Fraktion:**

Die Verwaltung wird – in Abstimmung mit dem Grundstückseigentümer HGK - gebeten zu prüfen, die Stellplatzkapazität des P+R-Platzes am Stadtbahn-Bahnhof Rodenkirchen im Hinblick auf den heute schon bestehenden Parkdruck, die Attraktivierung des ÖPNV-Angebotes und viele Neubauwohnungen z.B. im Sürther Feld mit der Errichtung einer Parkpalette zu erhöhen.

Bis zur Sommerpause 2016 ist ein entsprechender Beschlussvorschlag vorzulegen. Sollte die Verwaltung dies nicht mit eigenen Kräften erledigen können, sind entsprechende Aufträge an Dritte zu vergeben. Notwendige Mittel sind kurzfristig im Haushalt auszuweisen.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich abgelehnt gegen die FDP-Fraktion

#### **2.1.1 Stellungnahme der Verwaltung 1876/2015**

#### **2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 13.08.2015 betr. Bus-Verbindung vom Rheinauhafen zur Haltestelle Severinstraße AN/1158/2015**

Seitens der FDP-Fraktion nimmt RM Houben kurz Stellung zum eingereichten Änderungsantrag.

RM Michel kann für die CDU-Fraktion dem Antrag nicht sofort zustimmen, schlägt jedoch als Kompromiss vor, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Für die SPD-Fraktion macht RM dos Santos Herrmann deutlich, dass auch diese in Rede stehende Thematik im Rahmen der Nord-Süd Stadtbahn-Debatte bereits in 2011 diskutiert und auch beauftragt wurde. Inhaltlich stelle sie sich zudem die Frage, ob durch die konkret beantragte Maßnahme der FDP-Fraktion ein Stück des städtischen Gebietes vom ÖPNV freigestellt werde.

RM Weisenstein stimmt den Ausführungen seiner Vorrednerin zu. Dennoch bitte er um eine kurze Einschätzung der Verwaltung.

Auf die Frage von Frau dos Santos Herrmann eingehend weist Herr Houben darauf hin, dass dies nicht der Fall sei; der beigefügten Karte könne entnommen werden, dass die Linie 106 mit der Linie 132 parallel laufe.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, führt aus, dass die KVB die beantragten Maßnahmen durchaus prüfen könne. Berücksichtigen müsse man jedoch, dass spätestens mit der Gesamtinbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn eine attraktive Stadtbahnverbindung vorhanden sei und parallel auf der Rheinuferstraße die Linie 133 aufrecht erhalten werde. Ob es dann Sinn mache, eine weitere Linie in diesem Bereich bestehen zu lassen und durch das eng bebaute Severinsviertel zu führen, müsse genauestens untersucht werden. Bedenken müsse man auch, dass als finanzielle Kompensation zur Nord-Süd Stadtbahn die Einstellung von Buslinien eingeplant wurde.

**Antrag der FDP-Fraktion (mündlich modifiziert durch die CDU-Fraktion):**

**Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Führung der KVB-Buslinie 106 zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 wie folgt geändert werden kann:**

- In Richtung Heumarkt vom Chlodwigplatz kommend über die Haltestellen Ubierring und Rheinauhafen und dann von der Rheinuferstraße links in die Mechtildisstraße abbiegend, über ‚An St. Katherinen‘ bis zur Severinstraße.
- In Richtung Marienburg ‚An der Eiche‘ links in die Dreikönigenstraße und rechts auf die Rheinuferstraße, um die Haltestellen Rheinauhafen und Ubierring zu bedienen, und über den Ring bis zum Chlodwigplatz.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**2.3 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015 betr.  
Vorübergehende Nutzung des Busbahnhofes Breslauer Platz für Fernbusse bis zur Neubebauung  
AN/1144/2015**

- Die Dringlichkeit wird mehrheitlich gegen die Fraktionen der FDP und Die Linke.Köln abgelehnt; der Antrag wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

**3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

**3.1 Einrichtung einer P+R-Anlage an der Haltestelle Niehl  
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 18.06.2015, TOP:  
8.1.7  
1883/2015**

RM dos Santos Herrmann meldet seitens der SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf an und bittet die Beschlussfassung zu vertagen.

- Die Beschlussfassung wird auf Antrag der SPD-Fraktion bis zum 22.09.2015 vertagt.

**3.2 Verkehrsgutachten Zülpicher Straße  
hier: Anregungen der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal  
1462/2015**

RM Hammer führt aus, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Sperrung der Zülpicher Straße an dieser Stelle durchaus vorstellen könne. Ein Verkehrsgutachten vorab, das nicht mit realen Zahlen, Daten und Fakten hinterlegt werden kann, sei aus seiner Sicht nicht zwingend erforderlich; er möchte daher vorschlagen, den vorgeschlagenen Bereich im Rahmen eines Verkehrsversuchs zu sperren. Anschließend können die dort ermittelten Werte in ein Gutachten bzw. in eine Erhebung einfließen.

RM Weisenstein zeigt sich überrascht von diesem Vorschlag, ist diesem jedoch nicht gänzlich abgeneigt. Allerdings weist er darauf hin, dass bei einer vorherigen Untersuchung mögliche Fehler- und Gefahrenquellen schon ausgeschlossen werden könnten. Er möchte bei einer etwaigen Sperrung ad hoc keine bösen Überraschungen erleben und den Unmut von Betroffenen hervorrufen. Er bitte um eine Einschätzung der Verwaltung.

Für die CDU-Fraktion unterstreicht RM Michel die Ausführungen seines Vorredners. Wichtig sei, zunächst zügig ein Gutachten auf den Weg zu bringen, da die Sperrung durchaus auch Auswirkungen auf die Hauptverkehrsstraßen haben werde.

RM Houben spricht sich gegen eine sofortige Sperrung aus; dies sei unzumutbar. Er halte eine vorherige Verkehrsuntersuchung für zwingend erforderlich.

RM Hammer betont, dass auch die Universität selber ein großes Interesse an der Intention der Bezirksvertretungen habe. Die Luxemburger Straße könne durchaus 3000 Fahrzeuge zusätzlich aufnehmen. Er schlägt daher vor, den Beschlusstext wie folgt abzuändern:

„In Anlehnung an die Beschlüsse der Bezirksvertretung Innenstadt und Lindenthal beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung, einen Verkehrsversuch durch Sperrung der Zülpicher Straße im Abschnitt zwischen Dasselstraße und Wilhelm-Waldeyer-Straße durchzuführen.“

Um eine Evaluation des Verkehrsversuchs durchführen zu können, erfolgt eine status-quo-Erhebung, um die Verlagerungseffekte darstellen zu können.

Die Verwaltung wird gebeten dazustellen, wie eine verkehrsgerechte Umgestaltung der Zülpicher Straße zwischen Universitätsstraße und Dasselstraße erfolgen kann.

Umgestaltungsmöglichkeiten der nördlichen Haltestelle Dasselstraße soll ebenfalls dargestellt werden.“

Ausschussvorsitzender Wolter berichtet, dass die Bezirksvertretungen die Zuständigkeit in dieser Angelegenheit auf ihrer Seite sehen. Er hält den vorgetragenen Änderungsantrag für einen guten Weg, um in dieser Sache weiter zu kommen und alle Beteiligten zufrieden zu stellen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, empfiehlt nachdrücklich eine gutachterliche Begleitung vorab, um dem Ausschuss eine fundierte Entscheidungsgrundlage darlegen zu können. Die Universität werde sich in den kommenden Jahren sehr stark entwickeln, was sich auch auf den Verkehr niederschlagen werde. Zudem müsse geklärt werden, wie sich eine Sperrung auf die umliegenden Alternativstrecken auswirken werde; diese seien in der Tat nicht nur schwach belastet. Die Verwaltung könne zusagen, diese Untersuchung sehr zügig durchzuführen; die Ergebnisse könnten dann voraussichtlich noch in diesem Jahr präsentiert werden.

RM dos Santos Herrmann hält die Bedenken von RM Weisenstein für nicht ganz unberechtigt. Die SPD-Fraktion schlage als Kompromiss vor, die Vorlage zunächst mit dem vorgetragenen Änderungsantrag und den heutigen Diskussionsbeiträgen in die Bezirksvertretungen zu verweisen. Wenn diese dem Verkehrsversuch – wie von der



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgetragen - zustimmen, könne sich ihre Fraktion deren Votum anschließen.

Abschließend verweist Herr Harzendorf auf die auch in der Vorlage gemachten Ausführungen zur Zuständigkeit; diese liege klar beim hiesigen Ausschuss.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Wolter den Verweiserbeschluss zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der da lautet:

„In Anlehnung an die Beschlüsse der Bezirksvertretung Innenstadt und Lindenthal beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung, einen Verkehrsversuch durch Sperrung der Zülpicher Straße im Abschnitt zwischen Dasselstraße und Wilhelm-Waldeyer-Straße durchzuführen.

Um eine Evaluation des Verkehrsversuchs durchführen zu können, erfolgt eine status-quo-Erhebung, um die Verlagerungseffekte darstellen zu können.

Die Verwaltung wird gebeten dazustellen, wie eine verkehrsgerechte Umgestaltung der Zülpicher Straße zwischen Universitätsstraße und Dasselstraße erfolgen kann.

Umgestaltungsmöglichkeiten der nördlichen Haltestelle Dasselstraße soll ebenfalls dargestellt werden.“

und den Diskussionsbeiträgen zur Anhörung in die nachfolgenden Bezirksvertretungen.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

## **4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

### **4.1 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Abriss der Brücke Posadowskystraße 3214/2014**

SE Czernik berichtet, dass die Brücke im Wesentlichen von Eltern und Kindern des nahe gelegenen Kindergartens genutzt werde und diese bei einem Abriss alternativ einen Umweg von ca. 780 m nehmen müssten. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei dies zwar noch akzeptabel. Dennoch habe seine Fraktion den Vorschlag, die Brücke zunächst kurzfristig für ein halbes Jahr zu sperren, die Reaktionen der dortigen Anwohner abzuwarten und erst anschließend die endgültige Entscheidung zu treffen.

Seitens der SPD-Fraktion merkt RM dos Santos Herrmann hingegen an, dass die Argumentation der Verwaltung zum Abriss der Brücke nachvollziehbar sei und sie den Vorschlag der CDU-Fraktion daher für nicht Ziel führend erachte. Es würden Erwartungen geweckt, die voraussichtlich nicht erfüllt werden können. Ggf. sollte eine bessere alternative Querung geprüft werden.

Auch RM Hammer sieht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht den dringenden Nutzen dieser Brücke. Auf google maps sei unmittelbar neben der Brücke ein Trampelpfad zu erkennen und er bitte die Verwaltung um Mitteilung, welche möglichen Alternativen zu dieser Fußgängerbrücke geprüft worden seien.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, weist darauf hin, dass in ca. 250 m Entfernung eine gesicherte, ebenerdige Querung mit Ampelanlage vorhanden sei. Es sei durchaus auch geprüft worden, ob eine Sanierung der Brücke mit dem Ziel der Barrierefreiheit möglich sei; der alternative Beschlussvorschlag zielt jedoch lediglich auf eine Sanierung wie im Bestand ab – die Kosten für die Barrierefreiheit seien hier nicht enthalten und könnten derzeit auch nicht abgeschätzt werden. Er rege an, das Votum der Bezirksvertretung Mülheim abzuwarten. Die in der Tat sehr marode Brücke nun noch ein halbes Jahr künstlich am Leben zu halten, könne er nicht empfehlen.

RM Houben führt aus, dass die ca. 100 Personen, die diese Brücke regelmäßig nutzen, über den Abriss sicherlich nicht erfreut sein werden. Angesichts der geschilderten Umstände bzw. des Zustandes der Brücke müsse man dennoch den Mut haben, diesen Unmut in Kauf zu nehmen und eine unpopuläre Entscheidung zu treffen. Die FDP-Fraktion stimme der Verwaltungsvorlage zu.

### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss der Stadt Köln stimmt dem Abriss der Fußgängerbrücke Posadowskystraße bei Gesamtkosten in Höhe von rund 84.000 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die benötigten Mittel in Höhe von rund 84.000,00 Euro sind im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 incl. der Finanzplanung 2016 bis 2018 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen; im Haushaltsjahr 2015 berücksichtigt.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die BV Mülheim uneingeschränkt zustimmt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion

## **4.2 Verkehrskonzept Bayenthal/Marienburg 0263/2015**

Ausschussvorsitzender Wolter begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Petenten, die Eheleute Jones als Vertreter der IG Tacitusstraße.

Herr Jones nimmt Stellung zur schriftlich eingereichten Eingabe gegen die geplante Linksabbiegespur von der Rheinuferstraße aus Süden kommend in die Tacitusstraße (vgl. hierzu auch Anlage 20 zur Verwaltungsvorlage).

RM Michel schlägt seitens der CDU-Fraktion vor, die Vorlage zunächst in die Bezirksvertretung Rodenkirchen zu verweisen und deren Votum abzuwarten.

SE Dr. Klusemann weist darauf hin, dass insbesondere der in Rede stehende Linksabbieger in die Tacitusstraße seitens der Bezirksvertretung Rodenkirchen sehr kritisch gesehen und voraussichtlich mehrheitlich abgelehnt werde. Eine Notwendigkeit hierfür werde nicht gesehen, der U-Turn an der Schönhauser Straße sei eine akzeptable Alternative. Darüber hinaus möchte er darauf hinweisen, dass das gesamte Verkehrskonzept Bayenthal/Marienburg als Verkehrsversuch für ein Jahr ausgelegt sei; bei der anschließenden Evaluierung können ggf. Nachbesserungen erfolgen.

Vorsitzender Wolter merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Punkten 1 – 5 voraussichtlich zustimmen werde; bei Punkt 6 hingegen teile man die Bedenken der Bezirksvertretung.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit Diskussionsbeiträgen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.3 Erweiterung der P+R-Anlage in Weiden West  
hier: Grundsatz- und Bedarfsfeststellungsbeschluss  
0282/2015**

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass die SPD-Fraktion diese Maßnahme sehr begrüße. Sie möchte diesen Anlass jedoch dafür nutzen, auf ein grundsätzliches Problem in dieser Großstadt hinzuweisen. So betont sie nachdrücklich, dass es hier bereits mittelfristig dringend erforderlich sei, zu einer Änderung im ÖPNV-Tarifsystem zu kommen. Die Erweiterungen am Stadtrand seien zwar grundsätzlich sinnvoll und notwendig; es werde jedoch kein Anreiz geschaffen, um Bürger aus der näheren Umgebung von Köln dazu zu bewegen, ihr Fahrzeug schon früher abzustellen - hier werde vielmehr das Gegenteil bewirkt, da ein günstigere Tarif gelte. Dieses Verhalten sei durchaus normal und nachvollziehbar; dennoch müsse aus verkehrspolitischen Gründen über andere flexiblere Tarifstrukturen nachgedacht werden.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Hammer den Ausführungen seiner Vorrednerin vollumfänglich an. Hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahme stelle sich ihm jedoch noch die Frage, ob alternativ zu den Stellplatzablösemitteln auch die ÖPNV-Mittel herangezogen werden können.

Auch RM Michel teilt Zustimmung der CDU-Fraktion mit. Angesichts der Tatsache, dass in mehreren Bezirken eine Erweiterung von P+R-Anlagen gewünscht werde, schlage er jedoch noch vor, das Gesamtkonzept zu überarbeiten, um u.a. auch aus Kostengründen eine Priorisierung vornehmen zu können.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, informiert, dass dies noch kein Planungsbeschluss sei und mögliche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten erst noch geprüft werden müssen.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich gesicherter Finanzierung, mit der Erweiterung der P+R-Anlage in Weiden West um ca. 570 Stellplätze. Dafür soll auf der bereits heute genutzten Parkfläche eine Parkpalette errichtet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren vorbereitenden Schritte für eine Realisierung der Maßnahme einzuleiten, die Finanzierung inklusive Fördermöglichkeiten zu prüfen und mit dem Zuwendungsgeber abzustimmen, entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen, einen Zeit-Maßnahmenplan zu erstellen und einen Planungsbeschluss vorzubereiten.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung

Lindenthal uneingeschränkt zustimmt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.4 Straßen- und Radwegunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet 2015  
hier: Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens  
0386/2015**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**4.5 Öffnung von Fußgängerzonen für den Radverkehr  
1043/2015**

RM dos Santos Herrmann teilt seitens der SPD-Fraktion ihre weitest gehende Zustimmung zur Verwaltungsvorlage mit. Kritisch sehe sie jedoch die Öffnung des Roncalliplatzes, der keine reine Verkehrsfläche sei sondern vielmehr eine große Bedeutung rund um das Weltkulturerbe habe, und schlage daher vor, den Stadtentwicklungsausschuss in die Beratungsfolge einzubeziehen. Zudem bitte sie die Verwaltung grundsätzlich, sich auch in anderen Städten umzuschauen, wie die Handhabe dort sei. In Frankfurt beispielsweise werden entsprechende Hinweisschilder aufgestellt.

Seitens der CDU-Fraktion unterstützt RM Michel diese Ausführungen. Auch seine Fraktion möchte die Domumgebung zunächst außen vor lassen und einen Ortstermin durchführen. Darüber hinaus bitte er, die im Beschlussvorschlag aufgeführten Geschäftszeiten einer Prüfung zu unterziehen; s.E. müssen auch Verkaufsoffene Sonntage, Vorweihnachtstage u.Ä. berücksichtigt werden.

RM Hammer möchte sich dem Vorschlag eines Ortstermins nicht verschließen, zumal sich seine Fraktion eine durchgehende Verbindung zur Hohenzollernbrücke wünsche. Im Übrigen möchte seine Fraktion die Seitenäste der Hohe Straße und Schildergasse – in der Anlage rot dargestellt – ganztägig geöffnet haben, um nicht bereits 50 m vor den Fußgängerzonen absteigen zu müssen. Auch hierauf könnte eine entsprechende Beschilderung hinweisen. Zudem könne er sich durchaus auch eine Öffnung des Domgässchens vorstellen.

SE Wiencke weist darauf hin, dass die Fraktion Die Linke der Verwaltungsvorlage zustimmen werde. Aber auch sie halte eine Verbindung bis ins Rechtsrheinische für wünschenswert; über eine Querung der Hohenzollernbrücke müsse dringend nachgedacht werden. Die Anregung, auch das Domgässchen zu öffnen, könne sie unterstreichen.

RM Houben nimmt Stellung zum eingereichten Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Die Öffnung der Domumgebung sehe er mit großer Skepsis entgegen; in diesem Bereich seien die Fußgängerströme einfach zu groß um problemlos noch Fahrradfahrer aufnehmen zu können.

SE Graf betont, dass die Bezirksvertretung Innenstadt sicherlich auch gerne an dem Ortstermin teilnehmen werde.

Darüber hinaus spricht er die zum Kunstwerk Ma´alot gehörende Schiene auf dem Heinrich-Böll-Platz an und bittet um Mitteilung, ob sich die Stadt durch Hinweisschilder beispielsweise mit dem Tenor „Vorsicht Rutschgefahr auf der Schiene – Radfahren auf eigene Gefahr“ juristisch absichern und von einer Haftung bei etwaigen Unfällen ausschließen könnte.

Frau dos Santos Herrmann hält dies für einen interessanten Vorschlag, der ihre Unterstützung finden würde. An Frau Wiencke gerichtet stellt sie klar, dass die SPD-Fraktion nicht gegen eine Öffnung des Roncalliplatzes sei sondern hier vielmehr eine eingeschränkte, geordnete Führung präferiere.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass der Heinrich-Böll-Platz bereits im Vorfeld intensiv untersucht wurde – wie auch den Ausführungen in der Vorlage entnommen werden könne. Rechtlich sei die Stadt in einer schwierigen aber sehr eindeutigen Situation. Als Straßenverkehrsbehörde habe die Stadt die Pflicht, erkennbare Gefahren zu vermeiden und auszuschließen. Einen Haftungsausschluss könne sie nicht bewirken. Den Vorschlag, einen Ortstermin durchzuführen, greife er gerne auf.

Nach kurzer Diskussion über das weitere Verfahren besteht Einvernehmen, heute noch keinen abschließenden Beschluss zu fassen und die Vorlage zunächst zur Anhörung in die Bezirksvertretung zu verweisen.

#### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage und den FDP-Antrag, der da lautet:

„Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Fußgängerzonen wie folgt für den Radverkehr zu öffnen:

1. Die Hohe Straße und die Schildergasse / Gürzenichstraße inklusive der jeweiligen Anschlüsse soll täglich in der Zeit von 20:00 Uhr bis 11:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen ganztägig für den Radverkehr geöffnet werden.
2. Die Radverkehrsverbindung Roncalliplatz - Hohenzollernbrücke (mit Ausnahme Heinrich-Böll-Platz) soll ebenfalls täglich in der Zeit von 20.00 Uhr bis 11:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen ganztägig für den Radverkehr geöffnet werden (Bereich 2).
3. Die Radverkehrsverbindung An der Rechtschule – Unter fetten Hennen - Trankgasse soll ganztägig für den Radverkehr geöffnet werden.
4. Die Radverkehrsverbindung Roncalliplatz – Wallrafplatz – An der Rechtsschule soll täglich in der Zeit von 20:00 Uhr bis 11:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen ganztägig für den Radverkehr geöffnet werden.“

mit Diskussionsbeiträgen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

#### **4.5.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015 AN/1261/2015**

#### **4.6 Zielkonzept Radverkehrskonzept Innenstadt 1801/2015**

RM dos Santos Herrmann verweist auf ihren eingangs gemachten Vorschlag, die Vorlage zunächst ohne Votum in die Bezirksvertretung zu verweisen. Sie bittet die Verwaltung jedoch um Mitteilung, ob die Busverkehre in den betroffenen Straßen Berücksichtigung gefunden haben.

Zudem beantragt RM Hammer seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Bismarckstraße in kompletter Länge in das Radverkehrskonzept aufzunehmen. Wünschenswert sei zudem, den gesamten Bereich um die Messe erneut zu prüfen und ggf. durchlässiger zu gestalten.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass es sich hier zunächst um das grundlegende Zielkonzept handele. Die Belange aller anderen Verkehrsteilnehmer würden im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden; etwaige Konflikte würden zu gegebener Zeit mit der zuständigen Bezirksvertretung bzw. dem hiesigen Ausschuss diskutiert.

Die Aufnahme der Bismarckstraße werde er prüfen. Auch den Hinweis zum Bereich rund um die Messe werde er mitnehmen.

- Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung auf Antrag der SPD-Fraktion zunächst ohne Votum in die Bezirksvertretung Innenstadt verwiesen.

#### **4.7 Granitplattenverlegearbeiten auf dem Roncalliplatz und der Domplatte 1872/2015**

Auf Nachfrage des RM Hammer informiert BG Höing in diesem Zusammenhang, dass die Thematik „Sperrung des Roncalliplatzes“ in Kürze mit den stadtentwicklungs- und verkehrspolitischen Sprechern diskutiert werde.

Vorsitzender Wolter merkt abschließend an, dass die Kosten für die jährliche Instandhaltung des Platzes – auch wenn sie der Aussage der Verwaltung nach ca. 40.000 € niedriger als im Vorjahr seien – unbefriedigend hoch seien.

#### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stimmt der Vergabe eines Jahresvertrages für Granitplattenverlegearbeiten auf dem Roncalliplatz und der Domplatte in Höhe von 310.412,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die benötigten Mittel in Höhe von 310.412,00 Euro sind im Haushaltsplan 2015 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung 2016 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen; Hj. 2015, berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

#### **4.8 Berrenrather Straße: Einrichtung von zwei Buskaps und einer Querungshilfe, Höhe Franz-Kremer-Allee 1875/2015**

RM Weisenstein spricht der Verwaltung und der KVB seinen Dank für diese Vorlage aus. Er rege jedoch noch an, die Linie 978 – die nach seiner Wahrnehmung nicht gut angenommen werde – progressiver zu bewerben.

RM Hammer merkt an, dass sich ihm die Position der Mittelinsel nicht erschließe und er daher vorschläge, diese weiter nach rechts oder nach links zu verschieben.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass die Lage der Mittelinsel durch die örtlichen Zwangspunkte – Zufahrt zu einem Ausweichparkplatz auf der Südseite sowie Schleppkurven - vorgegeben sei. Die Verwaltung habe versucht, die Insel so weit wie möglich an die Fußwegbeziehung heran zu legen.

Auf Nachfrage der SE Wienke räumt er ein, dass die Kapazitäten des Parkplatzes am Franz-Kremer-Stadion bei Weitem nicht ausreichenden. Von daher bestünden bereits Überlegungen, die Fahrzeuge anders zu leiten, um die hiesigen Überlastungen zu reduzieren.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf der Berrenrather Straße (Kreisstraße 2) Höhe Einfahrt Franz-Kremer-Allee zwei Buskaps und eine Querungshilfe gemäß Anlage 2 herzustellen. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt mit dem 1.FC Köln einen Ausbaupertrag über die vorgenannten baulichen Anlagen abzuschließen

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Lindenthal der Maßnahme ohne Einschränkung zustimmt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.9 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens zur Durchführung des Weihnachtsverkehrs 2015  
2083/2015**

RM Hammer weist auf die Diskrepanz zwischen den Zahlen der Verwaltung und den geprüften Zahlen des Rechnungsprüfungsamtes hin.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine schriftliche Erläuterung zu.

Seitens der FDP-Fraktion drückt RM Houben seinen Dank für die vorausschauenden Planungen aus. Er weist jedoch darauf hin, dass die Toilettenhäuschen optisch ansprechend sein sollten.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Abwicklung des Weihnachtsverkehrs 2015 in Höhe von insgesamt 115.000,- € fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten und durchzuführen. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.10 Fahrbahnsanierung Ulrichgasse  
hier: Berücksichtigung Radverkehr  
0293/2015**

- Die Beschlussfassung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung auf Antrag der CDU-Fraktion bis zum 22.09.2015 vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

**4.10.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015  
AN/1228/2015**

**5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

**5.1 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln;  
hier: Querung Mindener Straße/Haltestelle Deutzer Freiheit  
0880/2015**

RM Hammer verweist auf die Diskussionen im Stadtentwicklungsausschuss und regt an, in diesem Zusammenhang auch die Führung des Radverkehrs zu optimieren. So sollte der Fahrradfahrer von der Brücke aus kommend Richtung Deutzer Freiheit schon frühzeitig auf die Fahrbahn geführt werden, damit nicht die komplette Gleisanlage gequert werden müsse.

SE Fahlenbock zeigt sich für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sehr unzufrieden mit der vorliegenden Studie. Damit werde festgeschrieben, dass die Haltestelle auch in den nächsten Jahren unverändert bleibe. Es werde der Eindruck erweckt, dass die Haltestelle und die Unterführungen im Grunde genommen behindertentauglich seien. Dies sei jedoch in der Tat nicht der Fall. Rollstuhlfahrer können aufgrund der Steigungen - teilweise bis zu 10 % - weder zur Haltestelle kommen noch von einer Seite zur anderen gelangen.

Aus Sicht der Stadtarbeitsgemeinschaft seien durchaus Möglichkeiten vorhanden, die Haltestelle zumindest ansatzweise barrierefrei zu gestalten. So könne beispielsweise eine ebenerdige Querung über die Straße zu dem stadtauswärts führenden Bahnsteig angelegt werden. Zu dem stadteinwärts führenden Bahnsteig müsse nicht zwingend eine barrierefreie Zuwegung geschaffen werden; hier biete sich als Alternative die Linie 7 Richtung Innenstadt an.

Im Übrigen halte er die von der Verwaltung vorgeschlagene Attraktivierung der vorhandenen Wegeverbindung im Bereich der Deutzer Brücke/Rheinufer für nicht ausreichend genug. In diesem Bereich unter der Brücke sei extrem unebenes Kopfsteinpflaster vorhanden. Auch die Rampe zur Rheintreppe bestehe aus einer sehr alten Substanz und Pflastersteinen. Für Rollstuhlfahrer müsse hier zumindest ein ca. 1-2 m breiter, glatter Streifen geschaffen werden.

Vorsitzender Wolter bedankt sich für diese fachlich sehr wichtigen Hinweise.

BG Höing schließt sich diesem Dank an und versichert, diese Anregungen mitzunehmen und zu prüfen.



SE Wiencke weist darauf hin, dass der in diesem Bereich ansässige LVR Barrierefreiheit fördere und ggf. Kontakt mit diesem aufgenommen werden sollte.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, führt aus, dass die von Herrn Fahlenbock angeregte Straßenquerung sehr wohl geprüft wurde und auch der stadtauswärts führende Bahnsteig durchaus angebunden werden könnte. Eine barrierefreie Verbindung von einem Bahnsteig zum Anderen hingegen sei nicht realisierbar.

Herr Fahlenbock wendet ein, dass er diese Querungsmöglichkeit sehr wohl sehe und zwar in dem Bereich, in dem die Stadtbahnen Richtung stadtauswärts in den Tunnel hineinfahren. Eine ähnliche Gestaltung stand seiner Zeit für die Haltestelle Zoo/Flora zur Diskussion.

Herr Neweling sagt zu, auch diesen Vorschlag zu prüfen.

Abschließend bittet Vorsitzenden Wolter, den Ausschuss über die Prüfergebnisse zu informieren und stellt den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

#### ***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:***

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie "Querung Mindener Straße" zur Kenntnis;
2. nimmt das Schreiben der Bezirksregierung Köln in Abstimmung mit der "Technischen Aufsichtsbehörde" (TAB) zur Kenntnis;
3. beschließt, langfristig die Attraktivierung der vorhandenen Wegeverbindung über die Siegburger Straße (Bahnsteig der Linie7) südlich der Rampe zur Deutzer Brücke zu verfolgen;

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

#### **5.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Umsetzung von Gewässerentwicklungsmaßnahmen am Flehbach, Kurtenwaldbach und an der Strunde 1468/2015**

- Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt, da die BV Mülheim ihre Beschlussfassung vertagt hat.

#### **5.3 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 bei Finanzstelle 6901-1202-8-0401; Ert. Tunnel Grenzstr./Stadtautob. 55a- RABT 1898/2015**

### **Beschluss:**

**Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:**

Der Finanzausschuss beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung – eine Mittelfreigabe in Höhe von 6.000.000,00 € im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 6901-1202-8-0401; Ert. Tunnel Grenzstr./Stadtautob. 55a-RABT; im Haushaltjahr 2015.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

- 5.4**     **1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens**  
**hier: Beschaffung von 250 Parkscheinautomaten (PSA)**  
**2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**  
**hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)**  
**1942/2015**

**Beschluss:**

**Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 250 Parkscheinautomaten mit Gesamtkosten in Höhe von 1.250.000 Euro fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 700.000 Euro und Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Haushaltsjahres 2016 in Höhe von 550.000 Euro im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2015. Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 Gemeindeordnung NRW.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

- 5.5**     **246. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen**  
**2042/2015**

**Beschluss:**

**Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

Der Rat beschließt den Erlass der 246. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**5.6 Hochwasserschutzmaßnahmen an Stadtbahnanlagen**  
**Hier: Grundsatzbeschluss**  
**2478/2014**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat stellt den Bedarf fest, Maßnahmen zur Sicherung und Ertüchtigung der unterirdischen Stadtbahnanlagen infolge extremer Hochwasserereignisse prioritär zu planen, um Schäden in gefährdeten Anlagenbereichen zu vermeiden und um eine erhöhte Betriebssicherheit in den Stadtbahnanlagen herzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, erforderliche Planungen der Hochwasserschutzmaßnahmen für die unterirdischen städtischen Stadtbahnanlagen nach Prioritäten durchzuführen.

Auf Grundlage der beauftragten Grundwassermodellrechnung der Rheinenergie Köln sowie der anschließenden Auswirkungsbewertung auf die unterirdischen Stadtbahnanlagen durch ein Ingenieurbüro sind folgende prioritäre Maßnahmen zu planen: konstruktive Rampensicherung und Sicherung der Treppenabgänge an diversen Haltestellen gegen Auftrieb, Planung der Verschlusseinrichtungen in/an den Rampenbereichen/Tunneleingängen und Eingängen von Haltestellen, Abdichtung gefährdeter Betriebseinrichtungen gegen drückendes Wasser.

Die Maßnahmen sind, unabhängig möglicher Zuwendungen durch das Land, zu planen. Eine Bezuschussung im Rahmen des Objektschutzes wird parallel geprüft.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**5.7 Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes;**  
**hier: Erweiterter Planungsbeschluss**  
**2001/2015**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:***

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der Entwurfsplanung Variante 1 (Anlage 2.1) des Büros Vogt Landschaftsarchitekten AG zu und beauftragt die Verwaltung, das Büro Vogt Landschaftsarchitekten AG mit der Ausführungsplanung zu beauftragen.

Dieser Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung des Rates zur Bedarfsfeststellung über den städtischen Eigenanteil der Finanzmittel für die Planung und Durchführung der im Rahmen des Bundesprogrammes "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus" (Förderprogramm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) dargestellten Projekte des Mantelprojektes "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung" (Vorlage 1990/2015). Mit diesem Beschluss wird die Finanzierung der hier beabsichtigten Planung sichergestellt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**5.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV  
Abshofstraße in Köln-Merheim; Planungs- und Bedarfsfeststellungsbe-  
schluss für das Einbringen einer Stahlpundwand mit betoniertem  
Kopfbalken und Umwehrung  
0949/2015**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Kalk uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung - die Planung zur Erstellung einer Stahlpundwand mit Kopfbalken und Umwehrung fortzuführen, die Finanzierung sicherzustellen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Die benötigten Planungsmittel in Höhe von rund 250.000,00 Euro sind im Haushaltsplan 2015 incl. der Finanzplanung 2016 bis 2018 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen; berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**6.1 Schließung des Fernbusbahnhofs Breslauer Platz  
hier: Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 09.06.2015, TOP 1.2  
2091/2015**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt:

Auf Nachfrage des RM Houben bestätigt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, dass am 28.10. der neue Fernlinienbusbahnhof am Flughafen in Betrieb genommen werde. Dies wurde allen Fernlinienbusbetreibern mündlich und auch schriftlich mitgeteilt.

Vorsitzender Wolter weist in diesem Zusammenhang auf eine wünschenswerte Taktverdichtung der S-Bahnlinie hin und bittet die Verwaltung, den hiesigen Ausschuss auf dem Laufenden zu halten.

.

**6.2 Shuttlebus-Verbindung Meschenich - Bhf. Hürth-Kalscheuren  
Mündliche Anfrage des RM Frau Roß-Belkner  
2382/2015**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Dellbrücker Hauptstraße**  
**hier: Mündliche Anfrage des RM Noack in der Sitzung des VA am**  
**28.04.2015; TOP 8.3**  
**2276/2015**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Anpassung der Lichtsignalanlagen auf der Bonner Straße und im Verteilerkreis Süd**  
**hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.06.2015; TOP 1.1**  
**2306/2015**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7 Mitteilungen der Verwaltung**

**7.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Innenstadt vom 24.04.2015 betreffend alternative Standorte für die Kreuzblume vor dem Domportal (AN/0703/2015)**  
**1290/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.2 Provisorische Rampe auf der Nordseite der Hohenzollernbrücke linksrheinisch**  
**1704/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.3 Paffrather Straße in Köln-Dellbrück**  
**Herstellung von zwei baulichen Einengungen zur Geschwindigkeitsreduzierung**  
**1759/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.4 Sachstand zur Planung einer Rampe zur Domplatte**  
**1803/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

SE Fahlenbock weist darauf hin, dass die Rampe aus Sicht der Stadtarbeitsgemeinschaft dringend erforderlich sei. Alternativ könne diese auch außerhalb der Arkade errichtet werden.

**7.5 Planfeststellungsverfahren Militärringstraße, Anbindung der Aachener Straße und der Stolberger Straße  
1811/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.6 Unfallhäufungen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2014 im Kölner Stadtgebiet  
1979/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Hammer spricht den Unfallhäufungspunkt Subbelrather Straße an; im dortigen Bereich wurden drei neue Werbetafeln errichtet, die den Verkehrsteilnehmer ablenken. Er bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine Prüfung zu.

RM Houben resümiert, dass ein Großteil der Unfälle durch Missachtung von Rotlicht durch Fußgänger verursacht wurde und die FDP-Fraktion stärkere Kontrollen anrege.

**7.7 Neubau Leverkusener Rheinbrücke  
hier: Dringlichkeitsantrag des VA vom 28.04.2015; TOP 2.1  
2079/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.8 Investitionsprogramm des Bundes – Sachstand und weiteres Vorgehen  
1855/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM dos Santos Herrmann bittet um Mitteilung, ob zwischenzeitlich auch Maßnahmen des ÖPNV aufgenommen wurden. Zudem bitte sie um Mitteilung, wann mit einer Priorisierung der seitens der Stadt angedachten Projekte zu rechnen sei.

RM Hegenbath erinnert in diesem Zusammenhang auch an die schriftlichen Anfragen aus April d.J.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass die vorliegende Mitteilung bereits überholt sei und den Stand Juni wiedergebe. Die aktuelle Gesetzeslage sehe nun Maßnahmen für den barrierefreien ÖPNV vor. Die Verwaltung werde kontinuierlich informieren.

**7.9 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe  
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014  
1377/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.10 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe  
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014  
1378/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.11 Mitteilung zum Ratsbeschluss 2758/2014 - Erweiterter Baubeschluss zur  
Umsetzung des Brandschutzes im Rahmen der Maßnahme Umbau der U-  
Bahnhaltstellen Appellhofplatz und Poststraße  
2114/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.12 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus  
Hier: Verlängerung des Aufzuges bis zur Ebene Bürgerstraße und Verle-  
gung in das "Rote Haus"  
2117/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

SE Graf fragt nach den Details zu den zusätzlichen Brandschutzmaßnahmen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

**7.13 150 zusätzliche hochwertige Fahrradabstellplätze an drei S-  
Bahnhaltedpunkten  
Anstieg der Bike-and-Ride Nachfrage um 7 % im Kölner Stadtgebiet  
2399/2015**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**8 Mündliche Anfragen**

**8.1 Umbaumaßnahme Am Kümpchenshof  
Mündliche Anfrage des RM Nessler-Komp**

RM Nessler-Komp berichtet, dass die ins Parkhaus führende Spur – die zugleich auch von Radfahrern genutzt werde – permanent zugedockt sei und eine große Behinderung und Gefahr darstelle. Sie bittet die Verwaltung hier Abhilfe zu schaffen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, das Amt für öffentliche Ordnung um verstärkte Überwachung zu bitten.

## **8.2 Studie zur Mitnahme von E-Scootern in öffentlichen Verkehrsmitteln Mündliche Anfrage des SE Fahlenbock**

SE Fahlenbock bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, berichtet, dass sich das Land nach wie vor mit den Studien – die Kölner Studie und die des Landes – auseinandersetze und die Ergebnisse zusammentrage, um zu einer einheitlichen Lösung zu kommen. Das Land habe auf seiner Internetseite den aktuellen Sachstand veröffentlicht (vgl. hierzu Anlage zur Niederschrift).

## **8.3 Sachstand zu den Bahnsteiganhebungen der Linie 13 Mündliche Anfrage des Seniorenvertreters Pannecke**

Seniorenvertreter Pannecke führt aus, dass die letzte Bahnsteiganhebung auf der Linie 13 im Dezember 2012 – Amsterdamer Straße – erfolgte. Seitdem habe sich nichts mehr getan, so dass er wissen möchte, wann es auf diesem Streckenzug weitergehe.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass zu den Haltestellen Subbelrather Straße und Nußbaumerstraße/Gürtel die letzten verwaltungsinternen Abstimmungen in Kürze erfolgen. Eine entsprechende Vorlage für die nächste oder übernächste Sitzung sei in Arbeit. Die gesamte Umrüstung der Gürtelstrecke sei ein größeres Vorhaben; diese Planungen und Machbarkeitsstudien seien jedoch noch nicht spruchreif.

## **8.4 Sachstand zu den Fahrgastunterständen an KVB-Haltestellen Mündliche Anfrage des RM Michel**

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, teilt mit, dass künftig an 17 Bahnsteigen aufgrund der einzuhaltenden Durchgangsbreiten keine Sitzgelegenheiten mehr vorhanden seien. Die in der Presse veröffentlichten und diskutierten Lösungsmöglichkeiten würden den Betroffenen nicht helfen; die Prüfung der KVB, wie die Situation an den Bahnsteigen optimiert werden könne, dauere derzeit noch an.